

## Gewerkschaftsöffnung

### Plädoyer für eine Erweiterung gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit

---

Dr. Georg Vobruba, geb. 1948 in Wien, studierte Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Soziologie in Wien und Freiburg, ist Lehrbeauftragter für Soziologie an den Universitäten Frankfurt und Freiburg und als freiberuflicher Sozialwissenschaftler in Wien tätig.

#### Arbeitskraft ist keine Ware

Arbeitskraft ist keine Ware; es wird so getan, als wäre sie eine. Daß Arbeitskraft eine fiktive Ware<sup>1</sup> ist, kann man sich leicht klarmachen, wenn man ihr Schicksal mit dem einer echten Ware vergleicht. Waren werden in der Absicht hergestellt, sie ökonomisch zu verwerten. Die Entstehung von Arbeitskräften hat — welche auch immer, jedenfalls — andere Gründe. Waren können von ihrem Hersteller in der Regel auch selbst genutzt werden. Die isolierte Arbeitskraft stiftet für den von den Produktionsmitteln abgetrennten Lohnabhängigen keinen Nutzen. Für Warenangebote ist das Gewinnkalkül maßgebend. Hinter dem Angebot von Arbeitskraft steht ein außerökonomisches Motiv: Existenzsicherung und die Abwendung von Hunger. Aus diesen Gründen können die Anbieter von Arbeitskraft ihre Angebotsmengen nicht nach der vorhersehbaren Nachfrage variieren, ebenso können sie ihr Angebot nicht strategisch — etwa um bessere Verkaufsbedingungen zu erzwingen — zurückhalten. Lohnarbeit und Kapital sind asymmetrisch aufeinander angewiesen: „Hunger“ ist ein dringlicheres Kooperationsmotiv als „Gewinn“. Das Machtgefälle, das sich daraus ergibt, auszugleichen, ist der Ur-Grund gewerkschaftlicher Organisation.

„Der Arbeitnehmer kann die Arbeitsenergie nicht in einen Behälter verpacken und diesen Behälter, gefüllt mit Arbeitsenergie, dem Arbeitgeber als Bestandsgröße überreichen.“<sup>2</sup> Während der Kaufvertrag ein Eigentumsrecht am Kaufgegenstand begründet, das dem Käufer alle Verfügungsrechte ein-

---

1 Vgl. Karl Polanyi, *The great Transformation*. Wien 1977. S. 102ff. und Claus Offe, Karl Hinrichs, *Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage „benachteiligter“ Gruppen von Arbeitnehmern*. In: Projektgruppe Arbeitsmarktpolitik, C. Offe (Hrsg.), *Opfer des Arbeitsmarktes*. Neuwied, Darmstadt 1977.

2 Christian Brockhaus, *Lohnarbeit als Existenzgrund von Gewerkschaften*. Frankfurt, New York 1979. S. 12.

räumt und also den Verkäufer von der Bestimmung über die weitere Verwendung des Kaufgegenstands ausschließt, regelt der Arbeitsvertrag gerade zentral die Pflicht des Verkäufers zur Anwesenheit und Mitwirkung bei der Verwertung seiner „Ware Arbeitskraft“. Der Arbeitsvertrag ist „eine unmittelbar die Person ergreifende Verbindung“.<sup>3</sup> Denn „es ist ein wesentliches Merkmal der menschlichen Arbeitskraft, daß sie nur in ihrem Einsatz existiert“.<sup>4</sup> Anders als im Falle echter Waren ist also Arbeitskraft mit ihrem Träger untrennbar verbunden. Die Untrennbarkeit der Arbeitskraft vom menschlichen Subjekt hat drei Dimensionen:

- Räumlich: Der Träger der Arbeitskraft ist bei ihrer Verwertung notwendigerweise selbst anwesend.
- Zeitlich: Arbeitszeit bedeutet zugleich stets die Hingabe eines Stückes - prinzipiell knapper - Lebenszeit.
- Inhaltlich: Zum Gelingen der Nutzung der Arbeitskraft bedarf es der Mitwirkung ihres Trägers. Die funktionsgerechte Erbringung von Arbeitsleistung läßt sich nicht, oder doch nur in Grenzfällen, allein durch Außenkontrolle und Zwang sicherstellen.

Die Fiktion, Arbeitskraft sei eine Ware, hat handfeste Folgen. Im Verteilungskampf wird die Realität der Fiktion unterstellt. Lohnarbeit und Kapital finden auf ihrer Grundlage zu Kompromissen. Dies wirkt auf die Art und Weise zurück, wie die Interessen Lohnabhängiger organisatorisch erfaßt und vertreten werden. Jedoch: „Arbeitskraft darf nicht als Ware gewertet werden.“<sup>5</sup> Dieser Programmsatz hat für die Gewerkschaftspolitik, wenn sie mit ihm Ernst macht, tiefgreifende Folgen.

Effektvolle Vertretung von Lohnabhängigeninteressen muß auf Solidarität bauen. Solidarität kann nur zustande kommen, wenn sich die Anbieterkonkurrenz der Arbeitskräfte untereinander aufheben läßt. Das gelingt nur, wenn dem drängendsten Motiv, die Arbeitskraft anzubieten, die Schärfe genommen wird: der Angst vor dem Hunger. Verbesserungen der materiellen Situation der Lohnabhängigen und die Möglichkeit organisierter, solidarischer Verfolgung ihrer Interessen stehen daher in einem engen Wechselverhältnis. Die Verbesserung der materiellen Existenzgrundlagen, Lohnsteigerungen, Bildung von Rücklagen und soziale Sicherung entlasten die Nicht-Produktionsmittelbesitzer von ihren drängendsten Existenzproblemen. Dies schafft die Rückendeckung für erfolgversprechende kollektive Interessen Verfolgung, da die unaufschiebbare Notwendigkeit des Verkaufs der eigenen Arbeitskraft und damit die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander gemildert wird. Die

---

3 Arthur Nikisch, Arbeitsrecht. Tübingen 1966. S. 31.

4 Christian Brockhaus, Lohnarbeit als Existenzgrund von Gewerkschaften. A.a.O., S. 10.

5 Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1981. S. 6.

Verbesserungen der materiellen Lage der Lohnabhängigen „leisten“ also zweierlei: Für die Lohnabhängigen selbst sind sie ein Stück Verbesserung ihrer Lebenssituation. Aus ihrer Sicht sind Verbesserungen der Verkaufsbedingungen ihrer Arbeitskraft (ökonomisches) Mittel für den (außerökonomischen) Zweck existentiellen Wohlergehens. Für die Interessenvertretungen der Lohnabhängigen sind sie vereinheitlichendes Moment, organisatorische Basis und Grundlage für weitere Verbesserungen der Verkaufsbedingungen der „Ware Arbeitskraft“. Materielle Verbesserungen sind also für die Gewerkschaften Zweck *und* Grundlage ihrer Organisation.

Diese Differenz des Stellenwertes, den erfolgreiche Interessenverfolgung für die Subjekte und für die Organisation hat, bleibt verdeckt, solange „gutes Leben“ im wesentlichen mittels bestmöglicher Verwertung der Arbeitskraft realisierbar ist. Dies war lange Zeit so, muß aber nicht immer so bleiben. Es sind zwei Entwicklungstendenzen, eine von der subjektiven und eine von der objektiven Seite her, die diese Differenz offenkundig machen.

Gerade auf der Grundlage erfolgreicher materieller Interessenverfolgung können sich qualitativ neue, nicht-materielle Bedürfnisse ausbilden und artikulieren. Das heißt: Menschen, die von den „klassischen“ ökonomischen Zwängen ein Stück weit entlastet sind, da sie bestimmte materielle Versorgungsniveaus erreicht haben, können neue Vorstellungen von „gutem Leben“ entwickeln; Vorstellungen, in denen materielle Versorgung nur noch eine Wohlfahrtskomponente neben anderen wie: friedliches Zusammenleben, intakte Umwelt, sinnvolle Tätigkeiten etc. ist. Solche neuen Bedürfnisse werden nicht nur akut, sondern auch noch mit Nachdruck verfolgt, wenn sich absehen läßt, daß ihre Befriedigungsmöglichkeiten durch objektive Entwicklungen zunehmend in Frage gestellt werden. Die Entwicklung der Produktionstechnologien hat heute einen Stand erreicht, auf dem produktionstechnische Entscheidungen zu langfristigen, wenn nicht überhaupt endgültigen Festlegungen führen. Damit haben auch die Irrtümer „eine neue Qualität angenommen: Sie sind nicht mehr korrigierbar“.<sup>6</sup> Tendenzen der Verbauung der Zukunft, ihrer Nutzung als „Müllhalde der Gegenwart“<sup>7</sup> treffen heute auf ein Bewußtsein, das zu Sensibilität gegenüber solchen Gefährdungen nicht nur fähig, sondern auch materiell in der Lage ist. Daß die Zweifel daran, ob weitere Steigerungen des materiellen Wohlstands mit zentralen außerökonomischen menschlichen Lebenserfordernissen noch vereinbar sind, zunehmend sozial wirksam werden, hat also zwei Ursachen: Zum einen können in materiell relativ entlasteten Situationen Einsichten um längerfristige Bedrohungen im nationalen und inter-

---

6 Heinz Steinen, Editorial: Ober Irrtümer. In: Kriminalsoziologische Bibliographie 8. Jg., Heft 32-33. Wien 1981. S. 1.

7 Ulrich K. Preuß, Die Zukunft: Müllhalde der Gegenwart? In: Freibeuter 9. Berlin 1981. S. 83ff.

nationalen Maßstab praktisch handlungsleitend werden. Man kann sich Voraussicht schlicht zunehmend „leisten“. Zum anderen machen die sich global niederschlagenden Folgeprobleme der Produktion die Erfahrung unabweisbar, daß sich Lohninteressen nicht gegenüber dem Bedürfnis nach Gesundheit, intakter Umwelt, friedlichem Zusammenleben, isolieren lassen. Hier stößt die Fiktion, Arbeitskraft sei eine Ware, an ihre Grenzen: Man gibt seine Arbeitskraft eben nicht ab und ist dann mit der Produktion „fertig“, sondern man bleibt stets Produzent *und* Konsument der Produkte samt den Nebenfolgen der Produktion - im weitesten Sinne.

Im Rahmen einer kapitalistischen Ökonomie ist gelungene Kapitalverwertung die Voraussetzung für Verbesserungen der materiellen Lage Lohnabhängiger. Daraus folgt eine partielle Gleichgerichtetheit der Interessen von Lohnarbeit und Kapital und insofern „ein solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft“.<sup>8</sup> Dies liegt in der Logik der Verteilung von Lebenschancen unter kapitalistischen Produktionsbedingungen begründet und war im Prinzip immer so. Es wird heute zum subjektiv wahrgenommenen Problem und zur Quelle von Widerstand gegen kapitalistische Produktionszumutungen in dem Maße, in dem sich die unmittelbaren Produzenten als Konsumenten ihrer Produkte wiedererkennen: „Kurz gesagt: je mehr Waren produziert und verkauft werden, um so sicherer sind die Arbeitsplätze, um so größeren Anteil können wir uns davon holen. Soweit die erzeugten Produkte keine direkten mißliebigen Folgen zeigten, regte sich niemand auf. Es wird aber nicht mehr lange dauern, dann werden die Arbeiter der chemischen Industrie sich Gedanken darüber machen müssen, ob sie ihren Kindern die durch ihr Produkt verseuchten Lebensmittel vorsetzen wollen, ob sie sich, wenn die Pläne realisiert würden, daß hier in der BRD zig Kernkraftwerke gebaut werden, ob sie sich und ihre Familien dieser Gefahr aussetzen“.<sup>9</sup>

Solche Einsichten entstehen zwar aus ökonomisch entlasteten und damit - wie die Kritik unermüdlich betont - relativ privilegierten Lebenssituationen. Es ist aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, es handle sich dabei um ein (verspätetes) Konjunkturphänomen, das sich wieder legen wird (bzw.: sich leicht austreiben läßt), wenn Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit andauern. Denn solche Einsichten lassen sich, gerade weil sie grundlegende Lebensinteressen berühren, nicht einfach kollektiv wieder vergessen. Zu erwarten ist da-

---

8 Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? in: Dies., Ausgewählte politische Schriften Bd. 1. Frankfurt 1971. S. 65. Vgl. auch Georg Vobruba, Recht auf Arbeit? Wider die unheilige Allianz der Profit- und Beschäftigungsmaximierer. In: Technologie und Politik 15. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 126ff.

9 Gespräch zwischen Willi Hoss und Anton Papp. In: O. Jacobi, E. Schmidt, W. Müller-Jentsch (Hrsg.), Moderne Zeiten - alte Rezepte. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81. Berlin 1981. S. 187, 189.

her ein Einklink-Effekt und damit eine dauerhafte, von ökonomischen Wechsellagen unbeeindruckte Stabilität neuer sozialer Bewegungen.

### Beschäftigungspolitik, Umweltschutz und Frieden

„Der zunehmenden Umweltgefährdung muß Einhalt geboten werden. Deshalb kämpfen die Gewerkschaften für die Gestaltung eines gesunden Arbeits- und Wohnumfeldes sowie für den Schutz der natürlichen Umwelt.“<sup>10</sup> Die gewerkschaftliche Programmatik umfaßt sowohl Umwelt- als auch Friedenspolitik. „Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.“<sup>11</sup> Kann auf solchen Programmsätzen ein Konsens zwischen Gewerkschaften, „Grünen“ und Friedensbewegung gründen? Der Klartext, der in gesellschaftspolitischen Entscheidungssituationen gesprochen wird, weist eher auf Konfrontation. „Wir werden es nicht mehr hinnehmen“, meinte der ehemalige Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden, Rudolf Sperner, „daß die Arbeitnehmer ... ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, weil bereits in Bau befindliche Kernkraftwerke durch Protest von Bürgerinitiativen kurzerhand stillgelegt bzw. verhindert werden.“<sup>12</sup> Eugen Loderer erklärte auf dem 12. Gewerkschaftstag der IG Metall 1977: „Vielleicht ist der eine oder andere hier im Saal der Meinung, Rüstungsbetriebe sollten ihre Tore schließen. So weit so gut... aber jedes Mitglied der IG Metall, das in einem solchen Betrieb arbeitet, hat genau das gleiche Recht, sich um Hilfestellung an seine Gewerkschaft zu wenden, wie jeder andere. Vorrang hat im Augenblick die Sicherung der Arbeitskräfte“.<sup>13</sup>

Hier werden verallgemeinerbare Züge des Problems sichtbar. Politik zur Arbeitsplatzzerhaltung und -beschaffung ist in zahlreichen und zunehmend brisanten Fällen mit Umwelt- und Friedenspolitik unvereinbar. Es fruchtet nichts, wenn in Gewerkschaftsprogrammen das Beschäftigungsziel unter einschränkenden umwelt- und friedenspolitischen Bedingungen formuliert wird. Denn in der politischen Praxis müssen doch diese Bedingungen (mit Sicherheit) verletzt werden, längst bevor jenes Ziel (vielleicht) erreicht wird. Dies erzwingt die Logik, innerhalb der Arbeitsplatzbeschaffungspolitik steht: *Zuerst* müssen - u.a. auch lebensbedrohende - Produktionen florieren, *dann* vergrößert sich der Spielraum, in dem Interessen von Lohnabhängigen vertreten wer-

---

10 Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1981. S. 21.

11 Ebd. S. 4.

12 Zit. nach Joachim Dyllick, Lutz Metz, Werner Sewing, Gewerkschaften contra Bürgerinitiativbewegung. Mißverständnisse oder Unvereinbarkeiten in der Atompolitik? In: J. Hallerbach (Hrsg.), Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft. Darmstadt, Neuwied 1978. S. 78.

13 Zit. nach Christian Wellmann, Rüstungsproduktion, Arbeitsplätze und gewerkschaftliche Interessenvertretung. In: O. Jacobi, W. Müller-Jentsch, E. Schmidt (Hrsg.), Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79. Berlin 1979. S. 197.

den können. Innerhalb dieser Logik bleiben Interessen, die sich nicht durch forcierte Investition und Produktion bedienen lassen, sondern partiell gegen sie stehen, stets auf der Strecke. „Vorrang hat im Augenblick die Sicherung der Arbeitsplätze“. Der Augenblick ist immer.

Es scheint mir unzulässig, Programmsätze wie die des DGB-Grundsatzprogramms als politische Absichtserklärungen nicht ernst zu nehmen. Nimmt man sie aber ernst, so muß man folgern, daß die Gewerkschaften in einem Dilemma stecken: In der Praxis, die ihnen die tagespolitischen Notwendigkeiten abfordern, müssen sie immer wieder gegen Teile ihrer weiter gesteckten Programmatik verstoßen. Der gesellschaftspolitische Stellenwert, in dem sich die Gewerkschaften zu behaupten versuchen, erlaubt ihnen nur eine selektive Verwirklichung ihres Programms. Indem sie sich auf die Interessenlagen fixieren, die sich aus der Wirkungsweise des Arbeitsmarktes ergeben und die sich auf erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarktgeschehen richten, schreiben sie selbst ihre Rolle als Verkaufsagenturen der „Ware Arbeitskraft“ fort. Damit befestigen die Gewerkschaften mit dem ganzen Gewicht ihres Bestandsinteresses als Organisation die folgenreiche gesellschaftliche Fiktion, Arbeitskraft sei eine Ware.

#### Die doppelte Krise der Lohnarbeit

Die Gewerkschaften haben auf die „doppelte Krise der Lohnarbeit“ bisher keine überzeugende Antwort gefunden. In der doppelten Krise der Lohnarbeit treffen zwei Entwicklungen zusammen.<sup>14</sup>

Einerseits geht der Arbeitsgesellschaft die Lohnarbeit aus (Dahrendorf). Das Zusammenspiel von technologischer Entwicklung, Wirtschaftskrise, partieller Bedarfssättigung und Umwälzung der internationalen Arbeitsteilung hat ein solches Ausmaß an Arbeitslosigkeit hervorgebracht, daß Vollbeschäftigung schon als utopisches Ziel erscheint. Der zunehmend losere Zusammenhang von Investition und Beschäftigung läßt staatliche Beschäftigungspolitik leerlaufen: Keynesianische Stimulierung privater Investitionstätigkeit erreicht ihr Ziel, die Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften, immer weniger. Damit geht den Gewerkschaften der Adressat ihrer beschäftigungspolitischen Forderungen verloren. Dieser Verlust wurde offenbar in der tendenziellen Entfremdung von Gewerkschaft und (sozialdemokratischer) Regierung. Der Verfall der Funktionszusammenhänge auf der *Nachfrageseite* des Arbeitsmarktes macht den einen Aspekt der doppelten Krise der Lohnarbeit aus.

---

<sup>14</sup> Vgl. Georg Vobruba, Staatseingriff und Ökonomiefunktion. Der Sozialstaat als Problem für sich selbst. In: Georg Vobruba, Politik mit dem Wohlfahrtsstaat. Frankfurt 1983. Rudolf Hentschel, Mehr - Lebensqualität bei geringerem Wachstum. In: WSI-Mitteilungen 12/1982. S. 722f.

Andererseits bröckelt das *Angebot* auf dem Arbeitsmarkt an seinen Rändern ab. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Am gewichtigsten darunter sind wohl jene, die mit den krisenhaften Vorgängen auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes zusammenhängen: Dauerarbeitslosigkeit samt der Erfahrung, wie fruchtlos die eigenen Suchanstrengungen sind, mündet in ein Stadium der Resignation, in dem die Orientierung auf den Arbeitsmarkt hin eingebüßt wird. Ebenso können sich aus dem Zusammentreffen der Probleme des Erwachsenwerdens und verhindertem Berufseintritt Haltungen entwickeln, die es dauerhaft unmöglich machen, sich in das Angebot auf dem Arbeitsmarkt einzureihen. Selbstbewußter sind die Absetzbewegungen von der Angebotsseite des Arbeitsmarktes in einem anderen Randsektor. Dort führen als unzumutbar empfundene Arbeitsbedingungen und Produktionsinhalte zu Versuchen, alternative Formen von Ökonomie einzurichten. Ohne gleich die Frage entscheiden zu müssen, ob es sich dabei um wirtschaftlich tragfähige Projekte handelt und ohne zu erörtern, inwieweit solche Projekte von der beherrschenden Ökonomie abhängig sind, lassen sich solche Versuche immerhin als Anzeichen dafür nehmen, daß viele zwar an produktiver Tätigkeit interessiert sind, daß aber die Bereitschaft abnimmt, im Rahmen jener Produktion zu arbeiten, zu der der Zugang über den Arbeitsmarkt führt. Diese Ausgliederungsprozesse auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes sind der zweite Aspekt der doppelten Krise der Lohnarbeit.

Diese „doppelte Krise der Lohnarbeit“ hat weitere Ausmaße als auf den ersten Blick ersichtlich ist. Weder darf man Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Lohnarbeit nur bei denen vermuten, die daraus die radikale Konsequenz ziehen und aussteigen. Noch darf man annehmen, daß nur die direkt Betroffenen an der Verknappung der Nachfrage nach Arbeitskräften leiden - die Arbeitslosen. Arbeitsplatzunsicherheit strahlt weit über ihren Kreis hinaus.

Die doppelte Krise der Lohnarbeit wird widersprüchlich subjektiv verarbeitet. Arbeitsplätze sind knapp und darum erstrebenswert. Aber die Bedingungen der Lohnarbeit werden nicht besser. Eher ist es so, „daß die Arbeitgeber fleißig dabei sind, die Beschäftigungskrise gegen die Humanisierung der Arbeitsbedingungen auszuspielen“.<sup>15</sup> So erscheinen Arbeitsplätze unter dem Aspekt ihres drohenden Verlustes wertvoll, die Verrichtung der Lohnarbeit selbst - allzu oft - leidvoll. Für viele Jugendliche heißt das: Sie müssen fürchten, keinen Arbeitsplatz zu bekommen und haben Angst vor dem Berufsleben. Die doppelte Krise der Lohnarbeit schlägt sich also in einer zweifachen Unterversorgung der Betroffenen nieder: ihnen kommt Lohnarbeit als Instrument

---

<sup>15</sup> Ernst Breit, Kernpunkte gewerkschaftlicher Politik in den achtziger Jahren. Grundsatzreferat auf dem 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 16.—21. Mai in Berlin. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6, 1982. S. 337.

zur Existenzsicherung abhanden; ihnen steht Lohnarbeit bei dem Bemühen um sinnvolle Selbst- und Lebensplanung im Wege.

In der doppelten Krise der Lohnarbeit gerät so die Warenfiktion der Arbeitskraft in zweifacher Weise unter Druck. Zum einen werden Interessen, die auf der Warenfiktion beruhen, unterversorgt, zum anderen werden Interessen laut, die sich den Grenzen, wie sie von der Warenfiktion gezogen sind, nicht fügen.

Wird die Verbindlichkeit der Warenfiktion der Arbeitskraft erst einmal praktisch in Zweifel gezogen, so droht eine Organisationskrise der Gewerkschaften, soweit die Gewerkschaften ihre Organisation auf die Warenfiktion gründen. Denn diese Entwicklungen stellen die Gewerkschaften als Verkaufsagenturen der „Ware Arbeitskraft“ in Frage. Ihre Interessenpolitik wird zweifach unangemessen. Zum einen sind die Gewerkschaften gehalten, Lohninteressen nur moderat zu verfolgen, um das - mittlerweile permanente - Projekt „Wirtschaftsgesundung“ nicht zu gefährden. Dies kann längerfristig an die Substanz ihres traditionellen Organisationskerns gehen. Denn Lohninteressen lassen sich nicht ewig aufschieben. Zum anderen verschließen sie sich querliegenden Interessen, die mit einer Politik kurzfristig dimensionierter Rest-Beschäftigungssicherung unvereinbar erscheinen. Damit fordern die Gewerkschaften autonome Organisationsformen solcher Interessen heraus und laufen Gefahr, ein wechselseitiges Blockierungsverhältnis mitzubegründen, in dem (auch) sie sich dann festfahren.

#### Ausgrenzen oder integrieren?

Im Prinzip sind zwei Reaktionsweisen auf das Vordringen neuer Forderungsinhalte für die Gewerkschaften denkbar: ausgrenzen oder integrieren.<sup>16</sup>

„Ausgrenzen“ bedeutet, daß all jene Bedürfnisse, die nicht über den Verkauf der „Ware Arbeitskraft“ zu befriedigen sind, gesonderten Formen gesellschaftlicher Vertretung überlassen werden. Diese Strategie birgt unübersehbare Gefahren. Ist sie erfolgreich, so droht die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen zu eskalieren. Die jeweils mobilisierbaren Kräfte würden sich dabei zunehmend aneinander abarbeiten bzw. aufreiben. Als Konsequenz droht die Verdünnung der Interessenvertretungskompetenz auf beiden Seiten und die Gefahr einer Gesellschaftsspaltung mit unberechenbaren sozialen Folgen. Ist die Ausgrenzungsstrategie nicht erfolgreich, stellt sich also heraus, daß sich die querliegenden Forderungen nicht aus

---

<sup>16</sup> Am Beispiel der Verbraucherinteressen diskutiert dies ausführlich Claus Offe, *Ausdifferenzierung oder Integration — Bemerkungen über strategische Alternativen der Verbraucherpolitik*. In: *Zeitschrift für Verbraucherpolitik*. Heft 1+2. 1981. S. 119ff.



der Gewerkschaft abdrängen lassen, so droht die Gefahr einer Gewerkschaftsspaltung. Für die Realität einer solchen Gefahr spricht etwa, daß offenbar einzelne Organisationen innerhalb des DGB zu dessen offizieller Position zur Frage friedlicher Kernkraftnutzung in Widerspruch stehen.

Ebenso artikuliert sich in der Gewerkschaft Zweifel an der Legitimität des Beschäftigungsarguments bei Rüstungsproduktion und -export. So bekundete der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr, Fritz Prechtel, die Entschlossenheit, einen Verkauf von österreichischen Schützenpanzern nach Chile zu verhindern, mit den Worten: „Die können ihre Waffen auf dem Buckel aus dem Werk tragen“ und „Da haben wir schon anderes verhindert“. Der Präsident des ÖGB, Benya, und der Vorsitzende der österreichischen Metallarbeitergewerkschaft (und Bautenminister) Sekanina, hatten sich für das umstrittene Exportvorhaben ausgesprochen.<sup>17</sup> Dieses Chile-Geschäft scheiterte schließlich.

Es ist nicht zu übersehen, daß „Beschäftigungssicherung“ nicht einmal mehr innerhalb der Gesamtheit der organisierten Arbeitnehmerschaft eine Formel darstellt, die gesellschaftspolitischen Konsens verbürgt. Denn Beschäftigungssicherung ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Produktionsinhalte wird immer deutlicher als politische Maxime eines innergewerkschaftlichen Gruppenegoismus erkennbar, dessen Durchsetzung gesellschaftliche Kosten verursacht, welche - auch - gewerkschaftlich organisierte Mehrheiten letztlich zu tragen haben.

Solche Widersprüche werden sich noch verschärfen, je deutlicher sich die gewerkschaftliche Befürwortung für inhaltlich problematische Produktionszweige als beschäftigungspolitisches Windei entpuppt. Dazu kommt, daß der Exportdruck, auf den etwa die Produktion von Atomkraftwerken und - noch direkter - von Rüstungsgütern hinauslaufen muß, nationale Regierungen in internationale Probleme, innenpolitischen Protest und innerparteiliche Konflikte verwickelt. Vielleicht kann man deshalb Ansätze zu einer „Rüstungskonversion von oben“ darin sehen, daß der österreichische Bundeskanzler Kreisky kritisiert, „durch das Unvermögen der Herren im Management“ des (verstaatlichten) Steyr-Konzerns, in dem der export-erfolgreiche Schützenpanzer SK 105 „Kürassier“ hergestellt wird, sei es nicht gelungen, die Waffenproduktion zugunsten von Ersatzproduktionen einzuschränken.<sup>18</sup> Daß sich dieser Exportartikel besonders gut für innenpolitische Einsätze in Militärdiktaturen der Dritten Welt eignet, hat der geschäftsführende Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, Sepp Wille, im Auge: „Das

---

<sup>17</sup> Profil 4. 8. 1980, S. 37. Die Presse 8.8. 1980. FAZ14. 8. 1980. Vgl. auch Peter Pilz, Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte. Wien 1982.

<sup>18</sup> Zit. nach Kurier 7. 4. 1982.

Bündnis mit Todesschwadronen ist mit nichts - auch nicht mit Beschäftigungsproblemen - zu entschuldigen."<sup>19</sup>

„*Integration*“ bedeutet, den Themenkatalog gewerkschaftlicher Forderungspolitik zu erweitern und Binnen-Abstimmungen zwischen unterschiedlichen Forderungen durchzuführen, bevor sie nach außen vertreten werden. Das Gelingen des Strategietypus „*Integration*“ hängt von Voraussetzungen ab, die der gewerkschaftlichen Formulierung und Organisation von Interessen vorgeordnet sind.

In der heute dominierenden Konfrontation zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen, zwischen Interessen, die auf der Warenfiktion der Arbeitskraft beruhen und solchen, die darüber hinausweisen, schlagen sich Alles-oder-Nichts-Wahlsituationen nieder, vor denen die Mehrzahl der Nicht-Produktionsmittelbesitzer steht. Also: Ganztags arbeiten - oder gar nicht arbeiten; den gesamten Lebensbedarf über Märkte regeln - oder auf die meist unzulänglichen Mittel der Selbstversorgung angewiesen sein; die gegebenen Arbeitsmöglichkeiten samt ihren Arbeitsbedingungen und den Produktionsinhalten akzeptieren-oder „radikal aussteigen“. Diese Alles-oder-Nichts-Wahlsituationen verhindern, daß der einzelne selbst zwischen seinen eigenen unterschiedlichen Bedürfnissen abwägen und zu „inneren Kompromissen“ kommen kann, die tatsächlich praktikierbar sind.

Vor der Erweiterung gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit der Gewerkschaften müssen also Entscheidungssituationen hergestellt werden, in deren Rahmen jeder einzelne möglichst umfassend zwischen seinen verschiedenen Bedürfnissen abwägen kann. Oder umgekehrt gesagt: Es muß vorweg um die Beseitigung solcher Entscheidungssituationen gehen, in denen die Berücksichtigung bestimmter Bedürfnisdimensionen schon von vorne herein mit anderen unvereinbar ist.

Die wichtigsten institutionellen Voraussetzungen dafür kann ich nur nennen:

- Förderung differenzierter, fein-„portionierter“ Arbeitszeitregelungen, um dem einzelnen die Möglichkeit zu eröffnen, jenes Mischungsverhältnis von Lohneinkommen und lohnarbeitsfreier Zeit zu wählen, das ihm am sinnvollsten erscheint.
- Aufwertung arbeitsmarktexterner Existenzformen, der Möglichkeit zu „Eigenarbeit“ und Selbsthilfe, sowie ihre Absicherung durch sozialstaatliche Sicherungssysteme.

---

<sup>19</sup> Sepp Wille, Geschäftsführender Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie. Zit. nach Kurier 22. 4. 1982. Für die BRD vgl. metall Nr. 3/11. Februar 1981: „Wir wollen weg von der Rüstung!“ und Die Mitbestimmung 12, 1982: Mitbestimmung bei Produkten.

- Förderung von „Durchlässigkeiten“ zwischen dem Lohnarbeitssektor und lohnarbeitsexterner Existenz und Schaffung von Umsteigemöglichkeiten in *beide* Richtungen.<sup>20</sup>

„Integration“ läuft also nicht darauf hinaus, die Arbeitskraft auf ihre Warenfiktion festzulegen und gegen querliegende Interessen auszuspielen, sondern darauf, gesellschaftlich anerkannte und abgesicherte Auswege aus der Warenfiktion zu schaffen.

Es wäre zu überlegen, ob nicht hoch zentralisierte Gewerkschaftsverbände eher in der Lage sind, ihren politischen Themenkatalog im Sinne von „Integration“ zu erweitern als relativ autonome, oder gar in gegenseitiger Konkurrenz stehende Einzelgewerkschaften. Denn zum einen begünstigt gewerkschaftlicher Zentralismus die Stabilität neokorporatistischer Arrangements und schafft damit den Gewerkschaften Zugang zu gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen über Verteilungsfragen hinaus. Zum anderen gestattet ihnen ihre organisatorische Festigkeit, vorausschauende politische Konzepte zu verfolgen und längerfristige politische Ziele anzuvisieren als dies dezentralen Gewerkschaften möglich ist, deren Bestand von jeweils schnell realisierbaren Erfolgen abhängt. Allerdings bleiben neuartige gesellschaftspolitische Problemlagen für hochzentralisierte Gewerkschaften länger unterhalb der Schwelle ihrer politischen Aufmerksamkeit, einerseits, weil in neokorporatistisch eingebundenen Gewerkschaften die gesellschaftspolitischen Gestaltungskompetenzen sehr hoch oben in der Gewerkschaftshierarchie verortet sind, andererseits, weil „in sich ruhende“ Gewerkschaftsorganisationen dazu tendieren, neuartige Problemlagen in ihrer Bedeutung und Dauerhaftigkeit zu unterschätzen. Die Frage danach, welcher Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem Zentralisierungsgrad und gesellschaftspolitischen Innovationschancen besteht, führt also zu folgendem eigenartigen Paradoxon: Dezentrale, und erst recht unter Konkurrenz stehende Gewerkschaften weisen eine relativ hohe Sensibilität gegenüber neuartigen Problemlagen auf. Sie haben aber aufgrund ihrer kurzfristigen Erfolgsorientierung kaum Möglichkeiten, diese Problemlagen zu integrieren. Zentralisierte Gewerkschaften wären aufgrund ihres konsolidierten Bestandes und der Möglichkeit, ihr eigenes Bestandsinteresse innerhalb eines weiteren Zeithorizonts zu definieren, dazu eher in der Lage. Doch wird ihnen dies, eben wegen ihres unangefochtenen Organisationsbestandes, kaum zum wahrnehmbaren Problem. Dieses Paradoxon ist nicht unlösbar. Denn es ist asymmetrisch. Dezentrale Gewerkschaften sind auf kurzfristig realisierbare Erfolge zwingend angewiesen. Dies stellt eine strukturelle

---

<sup>20</sup> Vgl. Georg Vobruba, Interessendifferenzierung und Organisationseinheit. Arbeitszeitflexibilisierung als gewerkschaftliches Organisationsproblem. In: C. Offe, K. Hinrichs, H. Wiesenthal (Hrsg.), Arbeitszeitpolitik. Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit. Frankfurt, New York 1982.

Schranke für Gewerkschaftspolitik dar. Sie zu überwinden bedeutet, die Organisationsstruktur zu ändern. Für die hohe Schwelle politischer Aufmerksamkeit zentralisierter Gewerkschaften dagegen gibt es keine vergleichbar „harte“ Ursache. Denn die Frage, welche gesellschaftspolitischen Themen Gewerkschaftspolitik integrieren sollte, wird hier nicht schon strukturell vorentschieden, sondern läßt sich sinnvoll zum Gegenstand von Argumentationen machen. Deshalb lohnt es sich, darüber zu reden.

Die Warenfiktion der Arbeitskraft ist als gewerkschaftliches Organisationsfundament nicht ohne Alternativen. Gewerkschaftliche Organisation gründete bisher auf der Warenfiktion, weil dies dem historischen Bedürfnisstand der Vertretenen entsprach. Die gewerkschaftliche Fixierung auf die Warenfiktion beruht auf der Erfahrung, daß sich auf der Grundlage der Warenfiktion Kollektivität der Interessenverfolgung gut herstellen ließ. In Lohnforderungen läßt sich ein relativ breites Spektrum unterschiedlicher Wünsche zusammenfassen. Dies liegt an der vielseitigen Verwendbarkeit von Geld. Ein weiteres Festhalten an der Warenfiktion wird aber in dem Maße problematisch, in dem sich Interessen artikulieren, die sich der Warenfiktion der Arbeitskraft entziehen und nicht in Geld erfüllbar sind. Soll dieser Aufstand der Subjekte gegen die Warenfiktion ihrer Arbeitskraft nicht zu einem Aufstand gegen die Gewerkschaften werden, so müssen sie die Warenfiktion als Organisationsfundament fallen lassen.

Das heißt keineswegs, daß die Verfolgung von Lohninteressen für die Gewerkschaften hinfällig geworden sei. Das wäre eine absurde Vorstellung. Konsequenz der Überlegungen kann nur sein, daß ein Formprinzip gefunden werden muß, das es erlaubt, materielle und nicht-materielle Interessen gewerkschaftspolitisch zu integrieren. Streng genommen bedeutet das nichts anderes, als die gewerkschaftspolitische Programmatik realisierbar zu machen.

Eine Gewerkschaftsöffnung in diesem Sinne ist nicht ganz unwahrscheinlich. Einen Grund dafür habe ich schon genannt: Die unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Gewerkschaften lassen sich kaum noch auf den gemeinsamen Nenner von Beschäftigungsförderung ohne Ansehung der Produktionsinhalte bringen. Aber auch in ihrem angestammten Bereich, den materiellen Interessen, vermag die Warenfiktion nicht länger Einheitlichkeit und Kollektivierbarkeit der Interessen sicherzustellen. Hier muß der Versuch ansetzen, *Hemmnisse* gegenwärtiger Gewerkschaftspolitik *als Triebkraft*<sup>21</sup> für eine gewerkschaftliche Neuorientierung zu begreifen.

---

<sup>21</sup> Egon Matzner, *Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Intervention*. Frankfurt, New York 1982. S. 360.

### „Gewerkschaftsöffnung“ als Ausweg

Die einheitliche Formulierung und kollektive Verfolgung von Lohninteressen wird von zwei Seiten her zunehmend in Frage gestellt: Zum einen erscheint zweifelhaft, ob die Gewerkschaften ihrem Anspruch, Interessenvertretung *aller* Lohnabhängiger zu sein<sup>22</sup>, in ihrer Praxis noch gerecht werden. Es deutet einiges darauf hin, daß krisenbedingte Spaltungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt in die Gewerkschaftspolitik durchschlagen, so, daß ihre „Realpolitik“ sich im wesentlichen auf die Vertretung einer Kerngruppe (männliche Facharbeiter mittleren Alters) beschränkt, während die Interessen zahlreicher anderer Gruppen von Lohnabhängigen eher symbolisch bearbeitet werden. Haben Interessendifferenzierungen in Spaltungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktlagen ihre objektive Ursache, so werden sie durch Entwicklungen auf der Subjektseite noch unterstützt. Denn zum anderen ist nicht zu übersehen, daß auch innerhalb gleicher oder ähnlicher Arbeitsmarktlagen zunehmend unterschiedliche Interessen ausgebildet werden. So zeigen etwa die empirischen Untersuchungen von gewünschten Lohneinkommen/Freizeit-Verhältnissen innerhalb *jeder* Einkommensgruppe eine breit gestreute Anzahl unterschiedlicher Präferenzen.

Dies deutet auf ein schwer lösbares Dilemma der Gewerkschaften hin: Einerseits sind sie auf einheitliche Interessenformulierungen angewiesen, um den kollektiven Einsatz für ihre Durchsetzung sicherzustellen. Andererseits aber fällt es zunehmend schwerer, Interessenformulierungen anzubieten, in denen die Vertretenen ihre eigenen Interessen wiederfinden. Überspitzt gesagt: Es werden entweder Interessen in einheitlicher Form durchzusetzen versucht, hinter denen niemand wirklich steht. Oder es werden vielerlei unterschiedliche Interessen berücksichtigt - mit dem Risiko, daß sich für ihre Durchsetzung kein ausreichender kollektiver Druck mehr herstellen läßt. Ein Ausweg aus diesem Dilemma<sup>23</sup> scheint sich nur dann zu bieten, wenn es gelingt, das kollektivierende Moment von Gewerkschaftspolitik anders als über einheitliche Interesseninhalte herzustellen. Das bedeutet für Gewerkschaftspolitik, zweierlei ins Auge zu fassen:

- Es müssen Optionsräume geschaffen werden, innerhalb derer der einzelne selbst die seinen Wünschen entsprechenden Interessenformulierungen vornehmen kann.
- Es müssen Rahmenbedingungen hergestellt werden, die sicherstellen, daß der einzelne in der Verfolgung seiner Interessen nicht übervorteilt wird.

---

22 Rolf G. Heinze, Karl Hinrichs, Claus Offe, Thomas Olk, Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit. Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse als Herausforderung für die gewerkschaftliche Politik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6, 1981.

23 Vgl. Georg Vobruba, anders arbeiten - besser leben? In: Zukunft, April 1981. Ders., Interessendifferenzierung und Organisationseinheit. A.a.O.

Es sind also Organisation- und Vertretungsprobleme im traditionellen Bereich der Gewerkschaften, die gewerkschaftspolitische Neuorientierungen erfordern. Die Förderung optionsfreundlicher Regelungen wie: feinere Portionierung der Arbeitszeit durch Arbeitszeitflexibilisierung und Umsteigemöglichkeiten zwischen Lohnarbeit und arbeitsmarktexternen Existenzformen ist also schon deshalb notwendig, weil sich anders die zunehmenden Interessendifferenzierungen im Spektrum materieller Ansprüche nicht mehr auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Damit aber wird eben jenes gewerkschaftspolitische Formprinzip hergestellt, auf dessen Grundlage sinnvolle Abstimmungen zwischen materiellen und immateriellen Ansprüchen möglich erscheinen.

In dieser Perspektive kann sich Gewerkschaftspolitik nicht nur ihrem oben skizzierten Dilemma entwinden. Sie überwindet damit zugleich ihre Fixierung auf die Warenfiktion der Arbeitskraft und schafft sich ein neues kollektivierendes Moment und neue organisatorische Ressourcen: Das gemeinsame Interesse richtet sich nun auf die Herstellung und Sicherung von Spielräumen für individuelle Interessenabstimmungen. Die Chance, die eigenen Interessen im kollektiv hergestellten Rahmen differenzierter als bisher verfolgen zu können, motiviert dazu, sich für die kollektive Sicherung dieses Rahmens solidarisch einzusetzen; also etwa: kollektiv für Verringerungen der Arbeitszeit und damit des Angebots an Arbeitskraft einzutreten, um Marktposition und Durchsetzungschancen der Interessen jedes einzelnen zu stärken.

„Gewerkschaftsöffnung“ muß also auf einer Politik aufbauen, durch welche die individuellen Entscheidungssituationen erweitert und damit die Interessenartikulationen modifiziert werden, welche die Gewerkschaftsorganisation aufgreift. Auf dieser Grundlage können die Gewerkschaften sich ihrer historisch überkommenen Spezialisierung als Verkaufsbüros der „Ware Arbeitskraft“ entledigen. Die bestehenden Interessengegensätze werden sich dadurch nicht in Harmonie auflösen. Aber die Öffnung der Gewerkschaften ist Voraussetzung dafür, daß sich die kontroversen Positionen nicht in wechselseitiger Konfrontation hochschaukeln, sondern daß Raum für rationale Interessenabwägungen entsteht.